



Holger Kube Ventura

Statement im Rahmen der Podiumsdiskussion:

"KünstlerInnen und KulturproduzentInnen als politische Subjekte. Opposition, Intervention, Partizipation, Emanzipation in Zeiten neoliberaler Globalisierung"

16.01.2005

KünstlerInnen und KulturproduzentInnen als politische Subjekte

Um neue politische Selbstverständnisse vor dem Hintergrund postideologischer Antagonismen zu beschreiben, ist der Blick auf Kunst und Kultur naheliegend. Denn deren ProduzentInnen sind schon lange mit den damit auch gemeinten Überforderungen konfrontiert, wie z.B. das Voranschreiten in einem Feld, dessen Koordinaten nicht mehr ohne weiteres definierbar sind: Genres, Sparten, Qualitätsmerkmale. KünstlerInnen und KulturproduzentInnen sind gewöhnt an das spezifische Zeigen von Welt in der Erkenntnis, dass diese von ihren Spiegelungen recht unbeeindruckt bleiben wird. Ebenfalls schon von Beruf aus sind sie mit Kontrasten zwischen dem repräsentativen, dem symbolischen und dem realpolitischen Gestalten beschäftigt. Ausserdem gelten sie gemeinhin immer noch als eher "links" – eine Bezeichnung, deren Überprüfung sicher zu den Subtexten von "Klartext!" gehört.

Möglicherweise sind wir uns darüber einig, dass politisch-künstlerische Praktiken heute eine gewisse Selbstverständlichkeit haben. In der Regel werden sie von vielen begrüßt und von fast allen geduldet, ihr Störfaktor ist meist gering oder sowieso nicht wirklich intendiert. Bestimmt haben politisch-künstlerische Praktiken der vergangenen Jahre zu einer Verbreitung diverser vormals marginaler Themen geführt. Ob sie aber auch die gesellschaftliche Involvierung in die damit verknüpften Politika vorangetrieben haben, ist schwerer zu beantworten. Meinem Eindruck nach wird kulturellen Aktionen derzeit zwar erfreulich selten vorgeworfen, nur Ersatzhandlungen für eine überfällige Realpolitik zu sein (oder diese sogar zu verunmöglichen), und auch über die credibility einzelner Akteure wird weniger spekuliert. Jedoch haben sich Unterscheidungs- und Bewertungskriterien entwickelt, die früher für autonome Kunstwerke reserviert waren: Originalität, Neuartigkeit und Individualität. Zeitgenössische politisch-künstlerische Aktionen haben einen Umgang mit AutorInnenenschaft auf Inhalte, Formen und Methodiken entwickelt, zuweilen gibt es sogar claims auf ganze Zuständigkeitsbereiche. Im Schatten der beschworenen Außenpolitik scheint das gesteigerte

Interesse eine Art Innenpolitik im Milieu ihrer ProduzentInnen zu erzeugen, die einerseits Erfolgsgeschichten und andererseits Plagiat-Vorwürfe beinhaltet.

Ebenfalls signifikant finde ich, dass die freie Kunst und die kritischen Kunstpraxen mittlerweile recht weit voneinander entfernt sind. Letztere wollen anscheinend nichts mehr von der "richtigen" Kunstwelt wissen und schon gar nicht diese verändern: Institutionskritik (damit war in den 1990ern meist das kritische Thematisieren von Kunstinstitutionen gemeint) ist selten geworden. Auch die Welt der ökonomisch relevanten Kunst scheint sich aus dem linksexperimentellen Kochtopf einstweilen keine neuen Anregungen mehr zu erhoffen. Gegenmessen, wie es sie seit dem 2. Kölner Kunstmarkt von 1968 gab, sind zur Zeit kein Thema – zumindest nicht hinsichtlich einer "gesellschaftlichen Relevanz". Die getrennten Welten coexistieren in Toleranz bzw. Gleichgültigkeit. Sie erscheinen sich wohl gegenseitig so, als ob sie homogen und nur das wären, was sie auch darstellen: Die auf den Kunstmessen gezeigte Kunst wolle bloß gefallen und gekauft werden, die projekteingebundene künstlerische Intervention wolle bloß auffallen und verändern. Anders gesagt: Die Funktionen von beiden scheinen ohne Rest ableitbar zu sein. Aus beiden Blickwinkeln gesehen scheint es an Ambivalenzen und Überraschungen zu mangeln.

Was aber heißt "Ambivalenz" für politisch-künstlerische Projekte? Was bedeutet heute jene seit langem bekannte Dialektik zwischen einerseits der "Selbsterdrückung von Kunst", wenn sie realpolitische Geltung beansprucht (Rancière), und andererseits dem politischen Versprechen ihrer radikal freien Formen?

Postideologische Widersprüchlichkeit auszuhalten und daraus produktiv zu werden, heißt, sich von der Vorstellung idealer Konsequenzen zu verabschieden. Wo Kunst eben dieses Verabschieden kommuniziert, wo sie die zielstrebige Beharrlichkeit als falschen Modus gesellschaftlicher Mitgestaltung behauptet und dabei aber nicht wirkt, als ob sie der Welt enthoben wäre – da würde ich sie politisch nennen. Wenn es der genuine Auftrag der freien Kunst ist, ambivalent und missverständlich zu sein, dann gilt dies wohl heute umso mehr für die politische Kunst. Gerade am Beispiel konkreter, gesellschaftlicher Themen muss sie den zwangsläufig unzulänglichen Umgang mit diesen Themen – die antagonistisch sind – zeigen. Ihre politischen Dimensionen gehen dort wieder verloren, wo diese Themen als bloße Parallelwelten erscheinen, als bloße Co-Präsenz. Wenn politisch-künstlerische Projekte über die Ambivalenz ihrer politics hinaus auch ein paar handfeste Gegeninformationen, ein empowerment von Benachteiligten und einige utopische Momente liefern, dann ist das natürlich umso besser, als künstlerische Optionen aber müssen sie primär Machtverhältnisse in deren widersprüchlichen Facetten darstellen. Sie müssen Impulse zur individuellen Beschäftigung mit Themen bieten – keine Ethik und auch nur bedingt neue Argumente.

Bekanntlich ist der "cultural producer" oder "Kunst-Allrounder" keine Ausnahme mehr unter den im Kunstbetrieb Beschäftigten, und solche Arbeitsbegriffe stehen auch längst nicht mehr für jene emanzipatorische Transdisziplinarität, wie sie in den 1990er Jahren im Diffundieren von Kunst-Machen, Schreiben, Kuratieren, Organisieren und Platten-Auflegen vermutet wurde. Auch deshalb sollten KünstlerInnen und KulturproduzentInnen als politische Subjekte stets nicht nur bedenken, welche

Intervention in welcher Form, in welchem Medium im gegebenen Kontext sinnvoll wäre, sondern auch, welche Art von KünstlerInnen-Bild, welche Art von AutorInnenenschaft dabei transportiert wird. Die Art des Sprechens – the art of speaking – und die damit behauptete Ein- oder Vielstimmigkeit ist möglicherweise wichtiger als der Text.

Man könnte nun einwenden: furchtbar! diese Vorschläge, wie richtige politische Kunst gemacht werden soll. Es klingt nach einer missverständlichen "political art correctness", sie erinnert vielleicht an Manöver der Bundesregierung, sich in die Kulturpolitik der Länder einzumischen, oder an PolitikerInnen, die die Beschlüsse von Fachjuries außer Kraft setzen wollen. Der Duktus meines Statements ist – genauso wie solche Einwände – einer älteren Kunst-Generation verhaftet, die sich nun vielleicht daran gewöhnen muss, dass politisch-künstlerische Gruppen und AutorInnen es heute weder auf Erfolg im Kunstsystem anlegen noch auf eine konkrete Veränderung der Gesellschaft hoffen, dass sie dennoch mit beiden Varianten operieren und dass sie nicht nur pragmatisch, aufgeregt, zynisch oder kalkuliert dabei sind, sondern noch vieles andere mehr. Zu lernen ist heute die *Autonomie der politischen Kunst*, ihre Funktionslosigkeit bzw. ihr Freisein von angewöhnten Funktionsansprüchen. Dies ist die Voraussetzung für die notwendigen Überraschungen.